

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU/CSU

zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten

**Entwurfs eines Gesetzes zur Zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung
der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung
(Zwanzigstes Rentenanpassungsgesetz – 20. RAG)
– Drucksachen 8/165, 8/337 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Artikel 2 werden die in der Regierungsvorlage unter

§ 1 Nr. 3, 4 und 16 Buchstaben c und d,
Nr. 17 Buchstaben a, b und d,
Nr. 19 und 41,

§ 2 Nr. 2, 3 und 15 Buchstaben c und d,
Nr. 16 Buchstaben a, b und d,
Nr. 18 und 38 und

§ 3 Nr. 2 und 15

enthaltenen Vorschriften in das Gesetz eingefügt.

Bonn, den 11. Mai 1977

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Die im Regierungsentwurf vorgesehene Begründung zur freiwilligen Aufstockung von Pflichtbeiträgen für Arbeiter und Angestellte mit geringem Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze wird von der CDU/CSU aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit begrüßt. Die CDU/CSU hat schon in der 7. Legislaturperiode einen eigenen Gesetzentwurf und einen Antrag zur Aufstockung von Pflichtversicherungsbeiträgen vorgelegt.

Die durch den Ausschlußbeschluß unter § 1 Nr. 17 Buchstaben a, b und d, § 2 Nr. 16 Buchstaben a, b und d und § 3 Nr. 15 Buchstaben a, b und d erfolgten Änderungen bleiben davon unberührt.